

## **Medienmitteilung der Geschäftsleitung der EDU Schweiz**

### **Anerkennung eines Palästinenserstaates im West-Jordanland, Gazastreifen und Ost-Jerusalem durch die UNO-Vollversammlung im September 2011**

**Der UNO-Vollversammlung soll im September 2011 die Anerkennung eines Palästinenserstaates auf dem Gebiet des Westjordanlandes und Gazastreifens mit Hauptstadt Ost-Jerusalem durch die UNO beantragt werden. Die EDU Schweiz weist auf folgende Fakten hin und plädiert für eine Ablehnung dieses Antrages:**

- Die UNO-Vollversammlung hat mit der Resolution Nr. 181/II vom 29. November 1947 die Teilung des damaligen britischen Mandatsgebietes Palästina in einen jüdischen Nationalstaat und einen Palästinenserstaat beschlossen. Während die Gründung des Staates Israel im Mai 1948 die Folge dieses UNO-Beschlusses war, wurde das damalige Transjordanien von diesem UNO-Beschluss als Palästinenserstaat bezeichnet. Es braucht also heute keinen zweiten UNO-Beschluss für die Anerkennung eines Palästinenserstaates, sondern endlich die Anerkennung und die Umsetzung sowie den Vollzug des UNO-Beschlusses Nr. 181/II vom 29.11.1948 bezüglich eines Palästinenserstaates durch die UNO und die arabischen Staaten.
- Leider haben damals die arabischen Nachbarstaaten Israels den UNO-Teilungsbeschluss mit einer Kriegserklärung an Israel beantwortet. Die seitherige Geschichte des Nahostkonflikts ist bekannt mit zahlreichen blutigen Nahostkriegen gegen Israel, gegen die Terrororganisationen PLO, Hisbollah, Hamas und unzähligen Opfern des islamischen Terrors unter der israelischen und palästinensischen Bevölkerung.
- Der Exodus von 1948 von über 600'000 Menschen der arabischen Bevölkerung aus dem israelischen Staatsgebiet erfolgte nicht auf gewaltsamen Druck der damaligen israelischen Armee, sondern auf Geheiss und Aufforderung der arabischen Armeen, welche mit Flugblättern und über Radio die dortige arabische Bevölkerung aufforderte, ihre Dörfer zu verlassen, weil die gegen Israel abgefeuerten arabischen Raketen, Bomben und Kugeln nicht zwischen Juden und Arabern unterscheiden könnten. Als Israel nach dem Waffenstillstand von 1948 diese arabische Bevölkerung einlud, wieder in ihre Dörfer zurück zu kehren und in friedlichem Miteinander mit der jüdischen Bevölkerung auf israelischem Staatsgebiet zu leben, hinderten die arabischen Staaten die sogenannten Palästina-Flüchtlinge an der Rückkehr in ihre Dörfer und Häuser auf israelischem Staatsgebiet und hielten diese Menschen seither in den berüchtigten Palästinenser-Flüchtlingslagern als politische Geiseln gefangen, anstatt sie in den arabischen Staaten zu integrieren. In dieser Zeit emigrierten ca. 800'000 Juden aus den arabischen und nordafrikanischen Ländern, ohne Hab und Gut mitnehmen zu können.
- Das Palästina-Flüchtlingsproblem ist gemäss den geschichtlichen Fakten klar ein Problem der arabischen Staaten und Regierungen, welche diese Menschen als

#### **EDU Schweiz**

politische Geiseln und Pfand für ihre Israel-feindliche Politik missbrauchen. Die Behauptung der arabischen Staaten, Israel habe diese Palästinenser 1948 vertrieben und nicht mehr zurückkehren lassen ist angesichts der geschichtlichen Tatsachen eine Lüge.

- Wie die bisherigen Erfahrungen mit der palästinensischen Teilautonomie im Gaza-Streifen, im Westjordanland, die Entwicklung im Libanon und die sich anbahnende Machtübernahme durch demokratische Wahlen oder gewaltsamen Umsturz durch von Iran unterstützte islamische Extremisten in Syrien, Ägypten, Libanon zeigen, verfolgen die arabischen Staaten und die politische Führung der Palästinenser in PLO, Hamas, Hisbollah unter der Anführung des iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad kein anderes Ziel, als die Vernichtung Israels. Auch ein palästinensischer Staat auf dem Gebiet des Westjordanlandes, des Gazastreifens und Ostjerusalems hat nur dieses Fernziel, auch wenn dies im Moment nicht offen deklariert wird.
- Die EDU Schweiz ist auch enttäuscht, dass die vom iranischen Staatspräsidenten Mahmud Ahmadinedschad offen geäußerten Absichten der Vernichtung Israels nicht von Bundesrat und UNO-Leitung öffentlich entschieden zurück gewiesen werden. Angesichts der Geschichte des jüdischen Volkes und den in der UNO-Charta definierten Zielen müsste dies eigentlich selbstverständlich sein.

**Die EDU Schweiz erwartet vom Bundesrat und der UNO-Vollversammlung, dass Sie sich im Interesse der Glaubwürdigkeit der UNO und der Anerkennung der geschichtlichen Fakten rund um den Nahostkonflikt gegen die Anerkennung eines zweiten Palästinenserstaates durch die UNO-Vollversammlung und für die Anerkennung des 1947 von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Teilungsplanes mit dem Palästinenserstaat auf dem Gebiet des damaligen Transjordanien durch die arabischen Staaten einsetzen.**

Thun, 20. August 2011

**Für Rückfragen wenden Sie sich an:**

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37  
Alt Nationalrat Christian Waber, 079 411 00 30  
Nationalrat Andreas Brönnimann, 079 356 29 70